

Verschiedene Anträge

Initiator*innen: Simon Neuhaus

Titel: V2-002: Haltung der Gj NRW zu einem Verbot sozialer Medien für Kinder und Jugendliche

Antragstext

Von Zeile 1 bis 10:

Die Grüne Jugend NRW spricht sich klar gegen die Einführung einer generellen Altersgrenze für Social?Media aus: ~~Ungesundes Medienverhalten, negative Auswirkungen auf die psychische Gesundheit, Cyber?Grooming, Cyber?Mobbing, Hass im Netz und Falschinformationen sind ernstzunehmende Probleme – ein pauschaler Ausschluss junger Menschen ist jedoch nicht der richtige Weg.~~

~~Die Grüne Jugend NRW positioniert sich klar gegen die Einführung einer Altersgrenze für die Nutzung von Social-Media-Plattformen:~~

~~Ungesundes Medienverhalten, ein negativer Einfluss auf die psychische und mentale Gesundheit, Cybergrooming, Cybermobbing, Hass im Netz und Falschinformationen machen uns Sorgen.~~ Ungesundes Medienverhalten, ein negativer Einfluss auf die psychische und mentale Gesundheit, Cyber-Grooming, Cyber-Mobbing, Hass im Netz und Falschinformationen sind ernstzunehmende Probleme.

Von Zeile 13 bis 15:

Die Probleme, vor die uns die sozialen Medien stellen sind vielfältig, und erfordern statt einem pauschalen Verbots differenzierte Lösungen. ~~Stattdessen~~ Daher fordern wir passgenaue, differenzierte Lösungen, die bestehende

Von Zeile 22 bis 24:

rechtskonform zu gestalten. Die Unternehmen hinter Social Media wissen, dass ihre Algorithmen unangebrachte Inhalte ~~enthalten~~ verbreiten

und gefährliches Verhalten fördern, nehmen dies aber für höhere Profite in Kauf.
Suchterzeugende

Von Zeile 35 bis 38:

~~3. Politische Neutralität:~~

~~Politische Inhalte sollten, unabhängig vom Einzelfall, über alle Nutzenden hinweg keine politischen Parteien, Extreme oder Populismus bevorzugen oder benachteiligen:~~

3. Politische Neutralität:

Die Algorithmen der sozialen Medien sollen bei politischen Inhalten, im Mittel über alle Nutzende keine demokratische politische Partei bevorzugen oder benachteiligen. Extreme, Populistische oder gar demokratiefeindliche Positionen und Posts sollen nicht bevorzugt werden.

Von Zeile 43 bis 45:

durchgesetzt werden und der volle Rahmen der Strafzahlungen ausgeschöpft werden.
~~Nationale~~Die Polizei und andere nationale Sicherheitskräfte sind um Umgang mit digitalen Straftaten zu schulen. Die Möglichkeiten zum Melden von unangebrachten Inhalten müssen verbessert

Begründung

In den ersten Zeilen dieses Antrages liegt eine Dopplung vor.

Außerdem werden durch diesen Änderungsantrag ein paar Formulierungen ohne Änderung des (vermuteten) Inhaltes verbessert.

Die dritte Forderung zur Politischen Neutralität wird neu formuliert. Dies soll zum einen der sprachlichen Verständlichkeit der Forderung dienen und zum anderen sozialen Medien ermöglichen die Reichweite extremistischer und demokratiefeindlicher Posts zu reduzieren. (Auch wenn dies bei den aktuellen weitverbreiteten sozialen Medien nicht der Fall ist.)